

## Konstituierende Nationalversammlung. — 9. Sitzung am 4. April 1919.

46/A

K. N. V.

## Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Straffner und Genossen an die Gesamtregierung.

Der kürzlich abgewickelte Eisenbahnerstreik brach spontan ohne Leitung irgendwelcher Eisenbahnerverbände aus. Es erschienen bei den Staatssekretären für Finanzen und Verkehrswesen Streikkomitees, um in Verhandlungen über zu bewilligende Forderungen einzugehen. Die Staatssekretäre selbst wie auch der Herr Staatskanzler nahmen diese Verhandlungen auf und schlossen im Beisein des Abgeordneten Tomšič diese Verhandlungen auch ab.

Im November des vorigen Jahres wurde unter dem Vorsitz des Präsidenten Seiz den vereinigten Eisenbahnerorganisationen zugestanden, daß keine allgemeine Personalverfügung ausgegeben werden dürfe, zu der nicht ein neu zu schaffender Eisenbahnbeirat des damaligen deutschösterreichischen Staatsrates seine Zustimmung gegeben habe. Dieser Eisenbahnbeirat war somit als eine Regierungseinrichtung anzusehen. Wenn auch durch die Auflösung des Staatsrates dessen Ausschüsse und Beiräte aufgelöst erscheinen, ist die Existenz dieses Eisenbahnbeirates doch als Regierungseinrichtung anerkannt worden, da seitens der Provisorischen Nationalversammlung ein Eisenbahnausschuß mit Abgeordneten Tomšič an der Spitze eingesetzt wurde, welcher Abgeordnete auch Vorsitzender des Eisenbahnbeirates ist.

Der Beirat erscheint somit immer noch als ein dem Einflusse der Provisorischen Nationalversammlung unterstehender Ausschuß derselben. Trotz der Bestimmung, daß alle Personalangelegenheiten allgemeiner Natur vor ihrer Hinausgabe dem

Eisenbahnbeirat vorzulegen sind, geschah dies nicht hinsichtlich der auf Grund des Streiks zugestandenen Erhöhung der Teuerungszulagen.

In Zeitungsveröffentlichungen wurde mitgeteilt, daß der Aufwand für die Erhöhung der Teuerungszulagen der Eisenbahnbediensteten 138 Millionen Kronen beträgt und daß in diesem Aufwand auch der für die Südbahnbediensteten enthalten ist. Der tatsächliche Aufwand soll aber weit hinter dieser Ziffer zurückbleiben.

Weiters wird von Seiten des Herrn Staatskanzlers selbst über Betreiben seiner Partei darauf hingewirkt, für die Einrichtung von Personalvertretungen bei den einzelnen Staatsämtern einen diesbezüglich von den sozialdemokratischen Parteien ausgearbeiteten Entwurf im kurzen Wege im Kabinettsrat zur Annahme zu bringen.

Die Gefertigten richten daher an den Herrn Staatskanzler folgende Anfragen:

„1. Kann der Herr Staatskanzler aufklären, warum dem Eisenbahnbeirat die mit den Streikkomitees getroffenen Vereinbarungen nicht rechtzeitig vorgelegt wurden?

2. Wurde der Herr Abgeordnete Tomšič, der für die Streikkomitees die Verhandlungen führte, darauf aufmerksam gemacht, daß dem Beirat die Abmachungen zur Kenntnis zu bringen wären?

Inwieweit hat der Herr Abgeordnete Tomšič bei diesen Verhandlungen von

**Konstituierende Nationalversammlung. — 9. Sitzung am 4. April 1919.**

seiner Stellung als Vorsitzender des parlamentarischen Eisenbahnkomitees und als Vorsitzender des Eisenbahnbeirates Gebrauch gemacht?

3. Welche Auffassung hat der Herr Staatskanzler über die Zurseitestellung des Eisenbahnbeirates?

4. Ist der Herr Staatskanzler geneigt, die Beratung der Gesetzesvorlage über die Einrichtung von Bedienstetenvertretungen der Nationalversammlung zu überlassen oder gedenkt er, diese wichtige Frage im Kabinettsrat zur Lösung zu bringen?

5. Ist der Herr Staatskanzler geneigt, sofort nach Einholung der entsprechenden Daten die Nachweisung über den tatsächlichen Mehraufwand bekanntzugeben, der durch die Bewilligung der Teuerungszulagenerhöhung a) für die Staatsbahn-

bediensteten, b) für die Südbahnbediensteten, c) für die Postbediensteten erwächst?

6. Kann der Herr Staatskanzler mitteilen, warum der Aufwand für die Südbahnbediensteten der Südbahnverwaltung abgenommen wurde und ob später eine Zurechnung dieser Ausgaben an die Südbahnverwaltung erfolgen wird?

7. Ist der Herr Staatskanzler bereit, den Unterschied zwischen den tatsächlichen, für die Staatsbahnbediensteten erforderlichen Mehraufwand für die zuletzt bewilligte Teuerungszulagenerhöhung und der Ziffer von 138 Millionen Kronen zu einer nachträglichen Verbesserung der Teuerungszulage zu verwenden, wobei die in Wien, den Landeshauptstädten und in besonderen Notstandsgebieten untergebrachten Bediensteten zu berücksichtigen wären?

Kittinger.  
Adam Müller-Guttenbrunn.  
Größbauer.  
Schöchtner.  
Dinghofer.  
Pauly.

Dr. Straffner.  
Stocker.  
Waber.  
Dr. Schürff.  
Angerer.  
Wedra.